

xxxxxxx

xxxxxxx

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, den 25. Oktober 2021

Sehr geehrte xxxxxxxxxxxx,

mit Interesse begleitet der Deutsche Familienverband (DFV) die Gespräche zur Bildung einer neuen Bundesregierung, auf die in der Familienpolitik große Herausforderungen zukommen.

Gerne übermittle ich Ihnen dazu im Folgenden **zentrale Forderungen des Deutschen Familienverbandes** an eine nachhaltige und krisenfeste **Politik für Familien**:

1. Familie in den Mittelpunkt stellen

Wer Familien stärkt, stärkt die Gesellschaft. Gerade in Pandemiezeiten ist deutlich geworden, wie systemrelevant Familien sind.

Nur in Familien werden die positiven Werte des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft geschaffen. Klimaschutz, Klimabewusstsein und solidarisches Miteinander – einschließlich nachhaltiger Lebensweise – werden im Familienalltag von Beginn an eingeübt. Ohne die Vorleistungen unserer Familien können die großen Zukunftsaufgaben nicht bewältigt werden. Bitte setzen Sie klare Signale, dass Sie **Familien in den Mittelpunkt der Politik** stellen.

Unmittelbar umsetzbar und direkt wirkungsvoll sind die Einführung einer verbindlichen **Familienverträglichkeitsprüfung für Gesetze und Verwaltungsakte** und die **Verankerung der Familiengerechtigkeit als Leitprinzip in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien**.

Enttäuscht hat uns sehr, dass die **Mehr-Kind-Familien** während des Wahlkampfes völlig aus dem Blickwinkel geraten sind. Diese Familien, die besonders viel für die Gesellschaft leisten und ein **wichtiger Faktor der demographischen Entwicklung** sind, haben von der neuen Bundesregierung deutliche Zusagen für eine bessere Unterstützung verdient.

2. Erhalt des Ehegattensplittings

Mit großer Sorge beobachten wir Überlegungen, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Das **Ehegattensplitting ist kein Steuergeschenk** an Familien, das man beliebig abschaffen könnte. **Es ist die verfassungskonforme und sachgerechte Besteuerung der Ehe als Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft.**

Dies hat das **Bundesverfassungsgericht** mehrfach und sehr eindeutig **bestätigt**. Betroffen würden von einer Abschaffung des Ehegattensplittings vor allem Familien mit mehreren Kindern, die bereits jetzt nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben sogar bei einem Durchschnittseinkommen an der Armutsgrenze leben. Bitte nehmen Sie den Familien die Angst vor finanzieller Schlechterstellung und bekennen Sie sich klar zum **Erhalt des Ehegattensplittings**.

3. Steuer- und Abgabentlastung von Familien und transparente Familienförderung

Derzeit verfügt eine vierköpfige Familie mit einem Bruttojahreseinkommen von gut 41.500 Euro – das entspricht dem Durchschnittseinkommen aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten – nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben nicht einmal mehr über das steuerrechtliche Existenzminimum von Kindern und Eltern. Bitte stellen Sie **Entlastungen von Familien bei Steuern und Sozialabgaben an die erste Stelle** und bauen Sie darauf eine transparente und bessere Familienförderung auf.

Wir fordern dafür die **Anhebung des steuerlichen Gesamtkinderfreibetrags** auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene und eine entsprechende Anhebung des Kindergeldes.

Damit dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist, muss das Kindergeld für alle Kinder auf die Höhe der maximalen steuerlichen Wirkung des Kinderfreibetrags angehoben werden. Legt man die derzeitige Höhe des Grundfreibetrags von 9.744 Euro zugrunde, entspricht dies beim jetzigen Spitzensteuersatz einem **Kindergeld von mindestens 340 Euro**.

Gleichzeitig muss ein **Kinderfreibetrag** in gleicher **Höhe bei der Beitragsberechnung von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung** eingeführt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber vorgegeben, dass die Erziehung von Kindern bei der Beitragsgestaltung der umlagefinanzierten Sozialversicherungen berücksichtigt werden muss. Trotzdem zahlen Eltern immer noch hohe Sozialbeiträge auf das Existenzminimum ihrer Kinder. Diese Strafabgaben summieren sich auf über 230 Euro monatlich: Das ist mehr als das derzeitige Kindergeld. Der Deutsche Familienverband ist gegen die fehlende Beitragsgerechtigkeit gemeinsam mit dem Familienbund der Katholiken und Tausenden von Familien vor das Bundesverfassungsgericht gezogen (www.elternklagen.de) – dieses Thema brennt Familien wirklich unter den Nägeln.

Überdurchschnittlich stark belastet sind Familien auch durch die **Mehrwertsteuer** und weitere Verbrauchsteuern. Der Deutsche Familienverband fordert als ersten Schritt den ermäßigten

Steuersatz von **7% auf Kinderprodukte**. Bitte erteilen Sie auch Überlegungen eine Absage, Ausgaben der Sozialversicherung und weitere sozialstaatliche Leistungen verstärkt über Verbrauchsteuern und damit aus dem Familienportemonnaie zu finanzieren.

4. Familiengerechte Alterssicherung

Die Zukunft der Rentenversicherung lässt sich nur mit Kindern sichern. Eine zukunftsfähige Rentenreform muss deshalb die Lebensleistung Kindererziehung wesentlich besser anerkennen als derzeit. Dies erfordert sowohl Verbesserungen für Eltern, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben als auch eine generelle Ausweitung der rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten.

Für hochproblematisch halten wir Überlegungen, aus demografischen Gründen einen kapitalbasierten Fonds in die Rentenversicherung einzuführen. Hiermit würden über Beiträge oder Steuern auch Familien für eine Entwicklung in Mithaftung genommen, für die sie am allerwenigsten können.

5. Familiengerechtes und bezahlbares Wohnen

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass eine ausreichend große Wohnung samt Garten oder Freiflächen darüber mitentscheidet, wie Familien Belastungen abfangen können. Zentrale wohnungspolitische Herausforderung für die kommenden Jahre ist daher eine deutlich bessere Förderung von Wohneigentum, das gleichzeitig eine wichtige zusätzliche Altersvorsorge darstellt.

Wir fordern dafür die **Weiterführung und Entfristung des Baukindergeldes**, das sich vor allem bei Familien mit niedrigerem Einkommen und bei jungen Familien als außerordentlich wirksam erwiesen hat. Ein weiteres Problem ist die in den letzten Jahren geradezu explodierte **Grunderwerbsteuer**. Gefordert ist hier die Wiedereinführung von Familienfreibeträgen sowie eine Senkung der Steuersätze.

Katastrophal hat sich die Lage auch für Mieterfamilien entwickelt. Es gehört zu den großen Aufgaben der neuen Bundesregierung, schnell Wege zur **Mietkostenbegrenzung** und zur Schaffung von familiengerechtem und bezahlbarem Wohnraum zu finden. Ansporn kann dafür die Verankerung einer verbindlichen **Quote für Familienwohnungen im Baugesetzbuch** geben, die die Bauleitplanung stärker an Familienbelange bindet.

Zunehmend bedrohlich wirken sich für Familien zudem die **immer steiler steigenden Energiepreise** aus. Damit Familien- und Klimapolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden, fordert der Deutsche Familienverband einen **familienorientierten Ausgleichsmechanismus bei Klimaschutzmaßnahmen und die Übernahme von Energiekosten im Wohngeld**.

6. Gute Bildung in der digitalen Gesellschaft

Das deutsche Bildungswesen leidet seit Jahren unter Defiziten. Die Bildungsausgaben sind im OECD-Vergleich abgeschlagen, vor allem der wichtige Primarbereich und die Sekundarstufe 1 sind unterfinanziert. Wir begrüßen Ihre Zusagen für eine bessere Bildungspolitik, sehen aber im Bereich der Bildungsfinanzierung noch großen Konkretisierungsbedarf. Dies gilt auch für die **dauerhafte finanzielle Absicherung von präventiven Angeboten wie der Schulsozialarbeit**.

Die Corona-Krise hat vor allem in der Digitalisierung der Schulen massive Defizite deutlich gemacht. Damit Kinder nicht länger die Verlierer einer verschleppten Bildungsdigitalisierung sind, müssen sehr zügig die Voraussetzungen für eine digitale Bildung in verantwortungsvoller Form geschaffen werden. Stabile und leistungsfähige Internetverbindungen sowie einheitliche bzw. aufeinander abgestimmte pädagogische Online-Konzepte sind dabei nur einige Stichworte. Gefordert ist außerdem digitale Zugangsgerechtigkeit.

Damit Bildungsteilhabe nicht vom Familienportemonnaie abhängt, muss die **Grundausrüstung für den Online-Unterricht für Kinder und Familien kostenfrei** sein. Bildung ist zudem mehr als Schule und Kita: Der erste und wichtigste Bildungsort ist und bleibt die Familie. Bildungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie Familien stärkt und der Familie Zeit füreinander gibt.

7. Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung und Zeit für Familie

Eine der entscheidenden Zukunftsfragen ist, wie wir es Familien ermöglichen können, sich nach ihren Wünschen und Bedürfnissen für eine Aufteilung der Erwerbs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit zu entscheiden. Der Wunsch der Wirtschaft nach Fachkräftesicherung ist nachvollziehbar, aber er darf nicht zu einer einseitig erwerbsorientierten Familienpolitik führen. Die Verfassung verpflichtet den Staat, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Eltern die Betreuung ihrer Kinder nach ihren eigenen Wünschen gestalten können.

Bitte treten Sie überbordenden Erwartungen an die arbeitsmarktgerechte Familie entgegen und setzen Sie sich für Maßnahmen ein, die Eltern mehr Entscheidungs- und Wahlfreiheit bei der Gestaltung von Familie, Beruf und Kinderbetreuung geben. Dies erfordert zum einen gute Kinderbetreuungsangebote. Hier sind **bundesweit verbindliche Qualitätskriterien für Betreuungsangebote** von der Kita bis zur Betreuung von Schulkindern gefordert.

Damit Eltern sich Wahlfreiheit leisten können, brauchen sie aber auch direkte finanzielle Leistungen. Das gilt vor allem für junge Eltern, die ihre kleinen Kinder während der dreijährigen Elternzeit selbst betreuen. Wir fordern dafür eine deutliche Erhöhung des Mindestelterngeldes und im Anschluss ein **Betreuungsbudget von mindestens 700 Euro** bis zum 3. Geburtstag des Kindes, das die Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen zusammenführt und direkt bei den Eltern ankommt.

8. Der Zukunft eine Stimme geben

Die Corona-Krise hat bestätigt, wie schnell Kinder aus dem Blickfeld der Politik geraten. Damit ihre Belange ernst genommen werden, müssen Kinder eine Stimme haben und das Wahlrecht als wichtigstes politisches Grundrecht erhalten. Der Deutsche Familienverband fordert gemeinsam mit vielen Unterstützern aus Wissenschaft und Politik ein **Wahlrecht von Geburt** an, das die Eltern stellvertretend wahrnehmen, bis die Kinder alt genug sind, selbst zu wählen (www.wahlrecht.jetzt). Eine Aufnahme dieser in die Zukunft gerichteten Forderung in den Koalitionsvertrag würde jungen Menschen Mut machen, dass die Politik auf ihre Stimme hört. Sicher kann dies auch zur Abmilderung von Politikverdrossenheit beitragen.

Ich wünsche Ihnen für die anstehenden Verhandlungen eine glückliche Hand und stehe für Erläuterungen und vertiefende Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus Zeh

Präsident des Deutschen Familienverbandes e.V.

Minister a.D.

